

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badische Presse. 1890-1944 1932

29 (19.1.1932) Morgenausgabe

Bezugspreis: Frei Haus monatl. 2,00 M
im voraus, im Verlag oder in d. Zweig-
stellen abgeholt 2,50 M. Durch die Post be-
zogen mon. 2,10 M. Zusätzl. 42 Pf. Zustellgeld.
Einzelpreise: Werktags-Nummer 10 Pf.,
Sonntags-Nummer und Feiertags-
Nummer 15 Pf. — Am Balk höherer
Gewalt, Streit, Auslieferung usw.
hat der Bezahler keine Ansprüche bei
Verpäteten oder Nichterhalten der
Zeituna. — Abbestellungen können nur
jeweils bis zum 25. d. MtS. auf den
Monats-Verben angenommen werden.
Anzeigenpreise: Die Nonpareille-Belle
0,40 M. Stellen-Gesuche, Familien-
und Gelegenheits-Anzeigen aus Baden
ermäßigter Preis. — Reklame-Belle
2. M. an erster Stelle 2,50 M.
Bei Wiederholung toristischer Rabatt,
der bei Nichterhalten des Beiles, bei
gerichtlichem Verstreuen und bei Kon-
kursen außer Kraft tritt. Erlösungs-
ort und Gerichtsstand ist Karlsruhe.

Badische Presse

und
Neue Badische Presse Handels-Zeitung Badische Landeszeitung
Verbreitetste Zeitung Badens
Karlsruhe, Dienstag, den 19. Januar 1932.

Eigentum und Verlag von
:: Ferdinand Eberle ::
Verantwortlich: Dr. Kurt Metzger
A. Kimmig: für politische Nachrichten
Dr. A. Rauer: für badische Nachrichten
I. S. Dr. D. Schenck: für kommunal-
politisch; A. Bieder: für Lokales und Sport
H. Bolander: für das Feuilleton
H. Böhm: für Ober und Sonntags
Christ. Dertle: für den Handelsteil
Fritz Feld: für die Anzeigen; Adolph
Weinl: alle in Karlsruhe (Baden).
Verleger: Dr. Kurt Metzger.
Fernsprecher: 4050, 4051, 4052, 4053, 4054.
Hauptgeschäftsstelle: Kaiserstraße
Nr. 89 a. — Postcheckkonto: Karls-
ruhe Nr. 8359. — Belmann: Volk und
Deimat / Wirtschaftliche Umschau / Roman-
Blatt / Sportblatt / Frauen-Zeitung /
Reise- und Bäder-Zeitung / Landwirtschaft,
Gartenbau / Karlsruher Vereins-Zeitung.

Grüener zur Reichsgründung.

Die Wurzeln der Erneuerung liegen in der Vergangenheit. / Fort mit dem häßlichen Streit der Parteien! / Das Wohl der Nation muß über allem stehen.

Berlin, 18. Jan. Am Montagabend hielt Reichsinnenminister Dr. Grüener aus Anlaß des Reichsgründungstages im Berliner Rundfunk eine Rede, in der er etwa folgendes ausführte:
„Jede Volksgemeinschaft, die sich lebensfähig erhalten will, bedarf der gemeinsamen vaterländischen Gedanktage. Dies gilt vor allem für das deutsche Volk, dem so manches Mal ein Ringen um sein Dasein auferlegt war. In unseren Tagen wiederum kämpft das deutsche Volk um seine Rettung aus tiefer Not. Dabei stehen weniger die materiellen Güter auf dem Spiele als vielmehr die geistigen und moralischen Kräfte. Eine solche geistige Wiedergeburt aber kommt nicht von außen. In uns selbst muß das heilige Feuer lodern, das den geistigen Kräften neuen Auftrieb gibt. Die Wurzeln dieser Erneuerung liegen in der Vergangenheit. Die großen Gedanktage unseres Volkes bleiben leuchtende Wahrzeichen in jedem Deutschen.“
Zum 61. Male fährt sich heute der Tag, an dem im Spiegelsaal des Versailler Schlosses König Wilhelm I. von Preußen die deutsche Kaiserwürde annahm und damit die Neugründung des Reiches vollendete. Das große Ereignis von 1871 einte endlich wieder alle Deutschen. Zwei hehre Gestalten ragen aus dem Bilde von Versailles von 1871 hervor: Bismarck und Wilhelm I. So sehr König Wilhelm dem Kaisergedanken widerstrebe, so ist doch durch diese beiden, in ihrem Charakter so grundtätiglich verschiedenen Persönlichkeiten die Einheit des deutschen Volkes verwirklicht worden. Gibt es ein leuchtenderes Beispiel treuer Hingabe an die Nation?

Im gleichen Spiegelsaal zu Versailles wurde uns 1919 jener Vertrag aufgesetzt, dessen politische und wirtschaftliche Ungerechtigkeit und Unvernunft nicht nur für unsere beispiellose Notlage, sondern auch die der ganzen Welt verantwortlich sind. Und doch konnte die demütigende Szene von 1919 dem Einigungswerk von 1871 nichts anhaben. Der Feind selbst mußte dies bestätigen. Erhöhenen Hauptes dürten wir trotz allem Wdrigen der Gegenwart des Reichsgründungstages gedenken. Ein großes Volk wie das deutsche, das auf eine tausendjährige Geschichte mit größten Leistungen auf allen Gebieten menschlichen Wirkens zurückblicken kann, wird durch eine Periode des Tiefstandes nicht um seinen Glauben an seine Bestimmung gebracht. Die großen Tage der Vergangenheit leuchten in das Dunkel der Gegenwart und geben Trost, Hoffnung und Stärke.
Als etwas Selbstverständliches erscheint uns heute das Reich. In Wahrheit ist seine Neugründung in heiklem Streben erstritten worden. Wohl hatte seit dem Zusammenbruch des alten Reiches im Jahre 1806 deutsches Schen und Wollen auf tauend Wegen die deutsche Einheit gesucht. Die Blüte deutscher Geistesgröße rang um sie in der Frankfurter Nationalversammlung. Der Streit über das Wie ließ es nicht zur endgültigen Tat kommen. Es bedurfte noch großer geschichtlicher Ereignisse, um das Werk zur Beendigung zu bringen. Was schwer erungen, hatte in sich die Kraft des Bestandes. Die Einheit des Reiches überstand die Schrecknisse des Weltkrieges, das Elend des Zusammenbruchs, den Wandel von der Monarchie, den Krieg im Frieden, den der Ruhrkampf bedeutete. Wo die Einheit des Reiches auf dem Spiel stand, gab es keine Parteien. So soll und muß es bleiben.

Der Reichsgründungstag mahnt alle Volksgenossen, zusammenzuhalten in Brüderlichkeit und Einigkeit, fort mit dem häßlichen Streit der Parteien, der unser ganzes Volksleben vergiftet. Die Einheit des Volkes von innen heraus wieder zusammenzuführen, ist die gemeinsame Aufgabe aller Volksgenossen. Es muß möglich sein, eine neue Gemeinschaft herzustellen, die auch jene politischen Lager umfaßt, die sich heute als erbitterte Feinde gegenüberstehen. Die einzige Grundlage einer Einigung kann nur die Nation sein. Politische Programme an sich können keine unüberwindlichen Gegensätze bedeuten, wenn nur in jedem der Grundlag steht, daß das Wohl der Nation über allem anderen steht. Es ist ebenso verkehrt, die Verfassung von Weimar in Kauf und Bogen zu verwerfen, wie in ihr ein unveränderliches, starres Idol zu sehen. Unantastbar ist nur ihr Grundgedanke, die freie Mitarbeit und Selbstverantwortung eines jeden Staatsbürgers.

Der Leidensweg, den das deutsche Volk seit dem zweiten Versailles zurückgelegt hat, muß ihm eine dauernde Lehre dafür sein, daß allein die eigene geschlossene Kraft ihm den Weg in die Zukunft bahnen kann. Deutschland wird jetzt auf die Konferenz von Lausanne und Genf gehen, um sein gutes Recht auf Freiheit und Gleichberechtigung mit anderen Völkern zu eringen. Die historische Bedeutung dieser Stunde verlangt es, daß jeder Deutsche den Reichstanzler und die übrigen Vertreter des deutschen Volkes, die in Lausanne und Genf seine Sache führen, bei ihrem beispiellos schweren Ringen unterstützt. Vor dem Kampf um die höchsten Rechte des deutschen Volkes schweige der Parteienstreit. Wie oft hat unser allerhöchster Herr Reichspräsident zur Einigkeit aufgerufen. Er, der den Reichsgründungstag im Spiegelsaal von Versailles miterlebte, dient mit aufopfernder Pflückertätigkeit und heroischer Treue der Einheit der Nation. Denn nur in diesem Zeichen ist das nationale Rettungswerk zu vollbringen.
Wir wollen geloben, unsere Zwiertacht zu begraben, einig und treu zusammenzutreten, und nach dem Wahlspruch Bismarcks, des Gründers der deutschen Einheit, alle unsere Kraft dem Dienste am Vaterlande zu opfern.

Parteiabzeichen wieder erlaubt.

Berlin, 18. Jan. Unter dem Datum des 16. Januar wird auf Grund des Artikels 48 Absatz 2 der Reichsverfassung folgendes verordnet:
„Mit Inkrafttreten dieser Verordnung gilt das im achten Teil Kapitel II der 4. Verordnung des Reichspräsidenten zur Sicherung von Wirtschaft und Finanzen und zum Schutz des inneren Friedens vom 8. Dezember 1931 ausgesprochene Verbot des Tragens von Abzeichen in der Form und Größe, wie sie bisher bei politischen Vereinigungen üblicherweise getragen wurden, als Unerschaffen.“

Noch kein Termin für die Präsidentenwahl.

Berlin, 18. Jan. (Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung.) Nachdem die offiziellen Verhandlungen über die Wiederwahl Hindenburgs zunächst zum Abschluß gebracht worden sind, gehen die Besprechungen in den politischen Zirkeln weiter. Die Jungdeutschen haben inzwischen ihr Volksbegehren in die Wege geleitet, haben sich aber bereits bei der Wirtschaftspartei eine Abfrage geholt, die selbstverständlich ebenfalls für Hindenburg ist, aber aus Gründen der Zeit und Geldersparnis den Weg über das Volksbegehren ablehnt und für die unmittelbare Volkswahl eintritt. Von übereifriger Seite wird nun schon eine Meldung in die Welt gesetzt, wonach die Behörden Anweisung erhalten hätten, sich auf den 28. Februar als Wahltermin vorzubereiten. Daran ist kein Wort wahr.

Es ist Sache des Reichstages, einen Termin anzuberaumen. Der Reichstag tritt aber erst am 23. Februar zusammen. Daraus ergibt sich, daß doch frühestens erst in der ersten Märzhälfte gewählt werden kann.

Uebertritt der Waldecker Bauern- und Landvolkpartei zur DNVP.

Berlin, 18. Jan. Der erweiterte Vorstand der Christlich-nationalen Bauern- und Landvolkpartei in Waldeck hat beschlossen, die Parteiorganisation aufzulösen und geschlossen zur Deutschnationalen Volkspartei überzutreten. Bis zur Aufnahme Waldecks in Preußen war die Landvolkpartei die weitaus stärkste Partei des Landes Waldeck, die in dem dortigen Landtag fast die absolute Mehrheit besaß.

Der Kampf um Lausanne.

Konferenzvertagung bis 28. Januar? / Deutschland drängt auf rasche Entscheidung.

Berlin, 18. Jan. (Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung.) Am kommenden Montag soll eigentlich die Lausanner Konferenz beginnen. Uns trennt also nicht einmal mehr eine Woche von der ursprünglich in Aussicht genommenen feierlichen Eröffnungssitzung. Aber immer noch herrscht in allen europäischen Kabinetten Zweifel darüber, ob dieser Zeitpunkt innegehalten wird, Zweifel, die sich von Tag zu Tag verstärken, weil Frankreich ganz offensichtlich eine Verzögerungstaktik betreibt. Laual versteckt sich einseitig hinter seiner Kammer. Es würde noch den in Berlin vorliegenden Meldungen nicht überraschen, wenn er darauf hinweisen würde, daß die Aussprache über die Regierungserklärung einige Tage in Anspruch nehmen und die Vorbereitungszeit für die französische Regierung dann zu gering wird. Man rechnet deshalb damit, daß er zunächst eine Verschiebung der Konferenz etwa bis zum 28. Januar anstrebt, um inzwischen auch Zeit für weitere Verhandlungen mit den übrigen Gläubigern zu gewinnen. Darüber freilich ist man sich wohl nirgends mehr im Unklaren, daß die Aussichten auf ein positives Ergebnis der Konferenz sehr gering sind. Es handelt sich eigentlich nur noch darum, ob eine kurzfristige Unterbrechung erfolgt, etwa bis über die französischen Wahlen hinaus, oder ob ein neuerdings von England wieder in den Vordergrund geschobenes

Uebergangsprovisorium bis Mitte Dezember die größte Wahrscheinlichkeit für sich hat.

Die deutsche Regierung wird sich dem einen wie dem anderen Vorschlag widersetzen. Was wir brauchen, ist eine rasche Entscheidung, um endlich die Vertrauenskrise zu beilegen; damit die deutsche Wirtschaft weiß, woran sie ist. Eine Verschleppung bedeutet also nur ein unnützes Hinusszerrn, und deswegen wird von deutscher Seite mit allem Nachdruck darauf hingewiesen, daß durch die Baseler Sachverständigen ja eigentlich der Teilbestand hinreichend geklärt ist. Aber wir werden kaum stark genug sein, um gegen den Willen unserer Gläubigerstaaten unsere Forderung durchsetzen zu können. Wir müssen uns deshalb wohl oder übel auf die Möglichkeit einer Vertagung einstellen, wobei es sich dann darum handeln wird, wenigstens in die Entschleunigung der Konferenz, die diese Vertagung begründet, einige Grundgedanken hineinzumauern, die dem deutschen Standpunkt Rechnung tragen.

Der B33-Kredit für Oesterreich verlängert.

Basel, 18. Jan. Die B33 hat am Montag den der Oesterreichischen Nationalbank gewährten Kredit von 90 Millionen Schilling um weitere drei Monate verlängert.

Blädners im Lübecker Prozeß.

Die Staatsanwaltschaft hält Dr. Alftaedt und Dr. Dencke für schuldig.

Lübeck, 18. Jan. Am Montag vormittag ergriff Oberstaatsanwalt Dr. Lienau das Wort zu seinem Blädner. Er ging zunächst ausführlich auf die Vorgeschichte der Calmette-Empfung und ihre Einführung in Lübeck ein. In seinen weiteren Ausführungen gab der Oberstaatsanwalt dann einen Ueberblick über eine Anzahl von Todesfällen und ging sodann auf den Eröffnungsbeschluss der Staatsanwaltschaft ein. Nach Ausführung der erweiterten Anklage gegen Dr. Dencke und Dr. Alftaedt, durch die beide verdächtigt werden, bei der Einführung des Calmetteverfahrens in Lübeck durch Fahrlässigkeit und Außerachtlassung der gebotenen ärztlichen Vorsicht den Tod einer Anzahl Kinder verschuldet zu haben, erklärte der Oberstaatsanwalt, daß es sich hier nicht darum handle, das allgemeine Verhalten der Angeklagten zu unteruchen, sondern zu prüfen, ob sich die Angeklagten der bezeichneten Vergehen in strafrechtlichem Sinne schuldig gemacht hätten. Die Staatsanwaltschaft habe auch geprüft, ob der Kreis der Angeklagten zu erweitern sei, sei jedoch zu einem ablehnenden Schluss gekommen. Dr. Lienau betonte dann ausdrücklich, daß dieser Prozeß nicht dazu berufen sei, eine Entscheidung darüber zu fällen, ob die von Prof. Calmette eingeführte Impfung richtig sei und ob sie den Anforderungen der Wissenschaft entspreche, oder ob sie eine Gefahr in sich birge.

den und Todesfälle nicht bekannt gewesen seien. Alftaedt habe die gebotene Vorsicht außer acht gelassen, da er sich nicht nur einmal beim Reichsgesundheitsamt über dessen Standpunkt erkundigt habe. Zugunsten des Angeklagten spreche die Tatsache, daß in Deutschland der Standpunkt der Wissenschaft über die Schädlichkeit und Wirksamkeit des Calmetteverfahrens geteilt sei. Praktisch sei die Frage der Einführung des Impfstoffes für das Gericht kaum von besonderer Bedeutung, denn es handle sich um ein Dauererzeugnis.

Dann kam Freiherr von Beust auf die Durchführung des Verfahrens zu sprechen. Der Angeklagte Alftaedt habe sich offenbar von den Bestimmungen Calmettes über die Anwendung des Verfahrens keinen besonderen Auszug gemacht. Er habe auch nicht auf das Calmettebuch hingewiesen. Besonders zu erwähnen sei, daß Alftaedt sich nach seinen ersten Impfungen nicht um den Erfolg oder Mißerfolg gekümmert habe.

In der Nachmittagsitzung verwies der Staatsanwalt zunächst auf den Vortrag im Ärztlichen Verein im Januar 1930. Von der Zustimmung dieses Vereins hatte bekanntlich Senator Mehllein seine Einwilligung zur Einführung des Calmetteverfahrens abhängig gemacht. Die Ärzte hätten nicht gewußt, was von ihrem Beschluss abhing. Die Aufklärung der Eltern sei teilweise durch die Zeitungen, teilweise durch die Hebammen erfolgt. Man habe von den Eltern die Einwilligung jozulagen erlichsen. Zusammenfassend betonte der Staatsanwalt, daß vier Punkte außerordentlich belastend für Dr. Alftaedt seien: Zunächst hätten andere Sachverständige gefragt werden müssen. Von ausschlaggebender Bedeutung sei die Nichterrichtung eines Speziallaboratoriums gewesen. Die Unterlassung von Tierversuchen und die Unterlassung der klinischen Beobachtungen seien ebenfalls nicht zu verantworten. Es hätte in allen Fällen eine Benachrichtigung aller Ärzte erfolgen müssen.

Staatsanwalt Dr. von Beust erklärte weiter, wenn Dr. Alftaedt am 7. April sofort das Nötige veranlaßt hätte, so hätte er nur ein totes Kind und dreizehn andere fränke Kinder zu verantworten gehabt. Ein Verstoß gegen die Anklage im strafrechtlichen Sinne liege vor.

Oberstaatsanwalt Dr. Lienau behandelte dann die Schuldfrage des Angeklagten Professor Dencke. Das Hauptverbrechen Denckes erblicke er darin, daß kein Speziallaboratorium nach den Vorschriften Calmettes errichtet worden sei. Auch hätten Tierversuche angestellt werden müssen. Im Lübecker Laboratorium liege der Schlüssel des ganzen Unglücks. Es sei vollkommen unzureichend für die Herstellung der BCG-Kulturen eingerichtet gewesen.

Der Oberstaatsanwalt wird am Dienstag weitersprechen.

Geetz gegen Wirtschaftsspionage

Erhöhung des Strafmaßes auf 5 Jahre Gefängnis

m. Berlin, 18. Jan. (Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung.) Im Reichsrat liegt ein Gesetzesentwurf zum Schutz von Geschäfts- und Betriebsgeheimnissen. Es handelt sich hierbei um eine Vorlage, die das Gesetz zur Bekämpfung des unlauteren Wettbewerbes ergänzt. Die wesentlichsten Gesichtspunkte, die in dem Entwurf enthalten sind, finden sich bereits im Entwurf des neuen Strafgesetzbuches. Das Strafgesetzbuch liegt jedoch schon seit Jahren in den Ausschüssen und wird so rasch nicht verabschiedet werden können. Da sich aber seit Kriegsende die Fälle der Wirtschaftsspionage in den Ausschüssen und dem Reichsrat zugehen zu lassen.

Der Reichsrat wird in den nächsten Tagen das Gesetz in zweiter Lesung verabschieden. Es geht dann an den Reichstag, der im Februar zusammentritt. Vorläufig weiß man nicht, ob es nicht doch notwendig sein wird, die Vorlage mit Hilfe des Artikels 48 zum Gesetz zu erheben. Sie kann im Interesse unserer Wirtschaft nicht früh genug in Kraft treten, da sich beinahe täglich neue Fälle von Wirtschaftsspionage ergeben. Das Gesetz verfolgt jeden Verrat von Geschäfts- und Betriebsgeheimnissen, gleichgültig, ob er von In- oder Ausländern, im In- oder Ausland begangen wird.

Das Strafmaß betrug bisher ein Jahr Gefängnis, es wird auf fünf Jahre erhöht. Verschärfend können die gesetzlichen Bestimmungen über militärische Spionage oder Landesverrat wirken, wenn sich in der Unterjochung ergeben sollte, daß auch gegen die Bestimmungen dieser Gesetze verstoßen worden ist. Das Gesetz ist so gehalten, daß es auch eine Handhabe zur Verfolgung von Personen gibt, die unter starker politischer Bedrückung vorgehen. Man denkt hier wohl in erster Linie an die kommunistischen Wirtschaftsspionagetropen, die von der kommunistischen Partei aufgegriffen sind und ihr Material zumeist der russischen Handelsdelegation überliefern.

Die verzögerte Sklarek-Kontrolle

Berlin, 18. Jan. In der Montagsverhandlung im Sklarek-Prozess kam das Gericht auf den 20. September 1929 zu sprechen, an dem durch die Prüfung des Obermagistratsrats Brandes die Fälligkeit der Stadtbankdirektor Schmidt einige Tage vor der Prüfung bei ihnen gewesen sei und gelagt habe, sie — die Sklareks — müßten jetzt dafür sorgen, daß Brandes von der Prüfung wegtomme. Willt Sklarek bestätigen diese Ausführungen. Stadtbankdirektor Schmidt sagte dann aus, daß die Behauptung, die Stadtbankdirektoren seien von den Geschäftsmethoden der Sklareks unterrichtet gewesen, eine Wahndee von Leo und Willt Sklarek sein müßte. Schmidt bestritt, den Sklareks am 20. September Kenntnis von der Prüfung gegeben zu haben.

Der Vorsitzende stellte dann fest, daß von den Sklareks nicht nur Rechnungen, sondern auch Geschäftsbücher gefertigt wurden. So ist u. a. ein Kontokorrentbuch angefertigt worden, an dem drei bis vier Buchhalterinnen vierzehn Tage lang zu arbeiten hatten. Leo Sklarek schiebt diese Fälschungen seinem Bruder Max zu und erklärt, die Prüfung der gefälschten Bücher sei sehr oberflächlich behandelt worden.

Der Vorsitzende weist darauf hin, daß Stadtbankdirektor Dr. Lehmann im Frühjahr 1929 empfohlen habe, die Rechnungen der Bezirksämter mit den tatsächlichen Aufträgen der Bezirksämter an die Sklareks zu vergleichen. Die Stadtbankdirektoren Schmidt und Hoffmann erklärten, daß dieser Vorschlag von ihnen gemacht worden sei. Stadtbankdirektor Hoffmann erwähnt dabei, daß er im September 1928 an die Sklareks einen Brief geschrieben habe, in dem er beratende Maßnahmen ankündigt. Die Sklareks hätten aber gebeten, man solle die Angelegenheit nach den Kommunalwahlen erörtern.

Der Vorsitzende sagt nun zu Stadtbankdirektor Hoffmann: „Herr Hoffmann, die Gründe der Sklareks, die Kontrolle zu verweigern, sind nach der Anlage als fadenförmig zu betrachten. Die Auffassung kann ich mich nur anschießen. Es ist doch unglücklich, daß auf diese Weise die Kontrolle fünf bis sechs Jahre hinausgeschoben wurde. Sie müßten doch wissen, daß diese Leute immer wieder Gründe fanden, die Kontrolle zu verzögern.“ Als Stadtbankdirektor Schmidt hierzu erklärt, daß er nach der Stadtbankdirektorenwahl bestimmt die Kontrolle vorgenommen hätte, meint der Vorsitzende: „Das ist doch ungläubig. Hier ist doch Wort für Wort konstruiert und hallos.“

Frankfurter Uraufführungen.

Das Bildnis von Emil Ludwig. — Der Spiegel von Herczeg.

Emil Ludwig strebt nach Theatererfolg. Bisher hat er nicht viel Glück gehabt, und auch die Uraufführung im Frankfurter Neuen Theater hat bewiesen, daß der erfolgreiche Autor so vieler historischer Schriften nicht die Gabe hat, dramatisch zu gestalten. In seinem Schauspiel „Das Bildnis“ schildert er einen Maler, der nur eine Frau malt und nur eine Frau malen kann. Er ist von seiner Mission so besessen, daß er den Menschen in seinem Modell vollkommen vergißt. So sehr er diese Frau auch liebt — sie bleibt ihm doch immer nur ein Vorwurf seiner Kunst. Aber die Frau ist Frau. Als ein anderer auf der Bildfläche erscheint und sie mit diesem anderen, der im Gegensatz zum Maler, ein lebenslustiger Mensch ist, durchbrennt, findet der Maler keinen anderen Ausweg als die Augen. Hat an und für sich die Problemstellung nicht den Reiz der Neuheit, so hätte doch einer, dem auch nur ein Funken dichterischer Begabung gegeben wäre, sich mit diesem Problem in irgendeiner Weise auseinandersetzen können. Emil Ludwig kann das nicht. Er löst den Konflikt ganz einfach durch die Revolterung.

Die beiden ersten Akte sind recht geschickt gemacht, ohne jedoch den Hörer zu packen. Der dritte und vierte Akt dagegen enden im Trivialen, und das Publikum, das den guten Willen hatte, dem bekannten Autor Gefolgschaft zu leisten, war arg enttäuscht, so daß der Theaterabend mit einem Mißklang endete.

Die Aufführung im Neuen Theater war gut durchgearbeitet. Herr Bergmann als Maler bemühte sich, die Figur des Fanatiklers glaubhaft zu machen. Auch Frau Ledemann konnte durch ihre schauspielerische Routine die farblose Figur der weiblichen Hauptrolle nicht lebendig machen. Es bleibt eine Enttäuschung, und Emil Ludwig wird um eine Erfahrung reicher sein.

Der Spiegel wäre ein dürftiges Stück, aber der äußere Rahmen, in den die Handlung gestellt ist, hat seine Zugkraft von altersher bewährt. Es ist Theater auf dem Theater. Wenn der Vorhang hoch geht, sieht man drei Personen, zwei Männer und eine Frau in einer Theaterloge sitzen und im Hintergrund schließt sich ein Theatervorhang. Die drei in der Loge geraten in eine Diskussion über das gegebene Stück, dessen erster Akt zu Ende ist. Der eine der beiden Männer ist der Gatte der Frau, der andere eben der dritte im Leben zeigt. Der zweite Akt beginnt und die drei aus der Loge werden durch Puppen ersetzt und agieren nun als handelnde Personen auf der Bühne. Es handelt sich um Mann und Frau und, wie gesagt, um den Dritten. Der Mann ist eifersüchtig und hinter jedem Tun, hinter jedem Wort des Freundes vermutet er Verrat seiner Ehre. Nach dem zweiten Akt verlassen die drei das Theater, und der Mann erklärt, dies Stück nicht zu Ende sehen zu können. Man

13 Tote bei St. Just.

* Paris, 18. Jan. Bisher sind 13 Todesopfer des Eisenbahnunglücks bei St. Just festgestellt worden. Acht davon konnten identifiziert werden.

Die Untersuchung hat ergeben, daß das Unglück auf den Bruch der Koppelung eines Wagens, 200 Meter vor einer Weiche, zurückzuführen ist. Drei Beamte, die an der Weiche beschäftigt waren, gerieten unter die Trümmer und erlitten schwere Verletzungen.

Sindenburg ehrt Professor Sering.

Berlin, 18. Jan. Der Reichspräsident hat dem Universitätsprofessor, Geheimen Regierungsrat Dr. Max Sering anlässlich der Vollendung seines 75. Lebensjahres den Adlerschild des Reiches verliehen und diese Ehrung mit folgendem Handschreiben begleitet: „Sehr geehrter Herr Geheimrat! Zur Vollendung Ihres 75. Lebensjahres spreche ich Ihnen im Namen des Reiches und auch per-

sonlich meine herzlichsten Glückwünsche aus. In langer, unermüdlicher Arbeit als Forscher, Lehrer und Berater und in zahlreichen Schriften von grundlegender Bedeutung haben Sie an führender Stelle der Agrarwissenschaft neue Wege gewiesen. Durch Ihre wertvolle Mitarbeit an wichtigen Maßnahmen und Gesetzen zur Förderung der Landwirtschaft und des Siedlungswezens als mütiger Vorkämpfer für die Erhaltung, Stärkung und Wehrung bodenständigen deutschen Bauerntums und durch Ihr mannhaftes Eintreten für die unneräußerlichen Lebensrechte des deutschen Volkes haben Sie sich bleibende Verdienste erworben.

Meiner besonderen Anerkennung und dem Danke des deutschen Volkes verleihe ich dadurch Ausdruck, daß ich Ihnen die höchste Ehrung zuerkerne, die das deutsche Reich zu vergeben hat, den Adlerschild mit der Widmung: „Max Sering, dem Führer der Agrarwissenschaft, dem Kämpfer und Förderer deutschen Bauerntums.“ Mit den besten Grüßen und Wünschen für Ihr weiteres Wirken und Schaffen im Dienste von Volkstum und Staat bin ich Ihr sehr ergebener ges.: von Sindenburg.“

Warum Hitler ablehnte.

Die Denkschrift an Reichskanzler Brüning.

München, 18. Jan. Die „Nationalsozialistische Parteiforrespondenz“ veröffentlicht heute den Wortlaut der Erklärung Hitlers an den Reichskanzler. Hitler betont, er sei nicht in der Lage, die Aktion des Reichspräsidenten wegen der Reichspräsidentenwahl als möglich anzusehen, sowohl vom rein verfassungsmäßigen Standpunkt als auch auf Grund einer politischen Überlegung. Ein Aufheben des Artikels 41 der Reichsverfassung, wonach der Reichspräsident vom ganzen Volk gewählt wird, könne durch verfassungsändernde Mehrheit des Reichstages nur stattfinden, wenn grundsätzlich damit auch das Recht des Reichstages auf Ablegung festgelegt werde. Sollte trotzdem die Auslegung, daß eine Zweidrittelmehrheit des Reichstages entgegen den klaren Bestimmungen des Reichstages einer Volksabstimmung gleichzusetzen sein, angenommen werden, dann müßte zum mindesten die Zusammenfassung des Reichstages den augenblicklichen und wirklichen Willen des Volkes, so wie er im März 1932 sei, zum Ausdruck bringen. Da dies nachweisbar bei dem augenblicklich bestehenden Reichstag nicht der Fall sei, müßte zuerst der Reichstag neu gewählt werden.

Der Reichskanzler sei der Auffassung, daß die schwierigen außenpolitischen Verhandlungen seine innerpolitischen Wahlen vertragen. Er, Hitler, könne mit weitestgehendem Recht als Führer der größten Oppositionspartei erklären, daß das innerpolitische Regiment in Deutschland, dessen Gesamtverantwortlichkeit für die Lage des Reiches seit 12 Jahren man nicht zu bestreiten vermöge, aus innerpolitischen Selbsthaltungsründen keine Wahlen gebrauchen könne, während umgekehrt alle außenpolitischen Erwägungen sie gebieterisch forderten. Der Verfall des Reiches habe seinen Ausgangspunkt nicht so sehr in außenpolitischen Aktionen als vielmehr in der innerpolitischen Zerstörung des Volkstörpers durch die das heutige System vertrittenden Parteien. Daher sei die unvermeidliche Voraussetzung für künftige außenpolitische Erfolge die innerpolitische Überwindung der Zerstückelung, die Deutschland dorthin getrieben habe, wo es sich heute befinde. Es sei nicht einzusehen, wie so überhaupt innerpolitisch Wahlen von Schaden sein könnten.

Hitler glaubt nicht, daß eine durch Tatsachen erzwungene Nichterfüllung von vorher unterschriebener Verträge ohne weiteres in einen gültigen Rechtszustand verwandelt wird, wenn nicht außer dem wirtschaftlichen Unvermögen des Schuldners politische Zweckmäßigkeiten für den Gläubiger sichtbar werden. Daß Deutschland heute nicht bezahlen könne, ist kein politisches Verdict irgend einer Regierung, sondern eine durch fehlerhafte politische Leitung herbeigeführte Katastrophe. Man könne nicht auf die Dauer annehmen, daß ein Volk durch ein Regiment wirkungslos nach außen hin vertreten werden kann, wenn dieses Regiment für die Notwendigkeit seines Daseins nichts anderes anzuführen habe als die Drohung mit dem, was an seiner Stelle käme, wenn es nicht mehr wäre. Er halte es für unumgänglich notwendig, daß ein Regiment komme, dessen Existenz aus eigener Kraft seine Daseinsberechtigung schöpfe. Er sehe daher in jedem Vorgang, der zur Überwindung des heutigen Systems führen könne, einen außerpolitischen Gewinn Deutschlands. Er sehe darin die einzige Möglichkeit, die deutsche Nation wieder vom Objekt des außenpolitischen Geschehens zu einem wertvollen Mitglied der zivilisierten Staatengemeinschaft zu machen. Erst wenn Deutschland wieder etwas zu bieten habe, werde man ihm etwas geben. Die effektive Unmöglichkeit der Erfüllung bestimmter Verträge werde erst dann in einen vernünftigen Rechtszustand verwandelt, wenn für bestimmte Mächte die Freundschaft mit Deutschland mehr Gewinn bringe als das Beharren auf Verträgen, deren

Erfüllbarkeit sich als praktisch unmöglich erwiesen habe. Somit sei die Frage der außenpolitischen Rehabilitation Deutschlands letzten Endes eine Frage der moralischen Rehabilitation des Volkes im Innern und damit eine Frage der Überwindung eines Systems, das in der Geschichte unerreichtlich verbunden sein werde mit der Periode der inneren und äußeren Entwertung unseres Volkes.

Auch aus diesen Erwägungen heraus müsse er daher einen Versuch ablehnen, der in der ganzen Art seiner Durchführung ein Beweis dafür zu sein scheine, daß auf diesem Weg ein System zu retten versucht werde, dessen Vernichtung die Lebensvoraussetzung der deutschen Nation sei. Im übrigen sei es aber auch noch eine Frage der Moral, ob es erträglich erseine, jahrelang als Staatsfeinde verfehmt zu werden, um dann als Menschen zweiter Klasse plötzlich mit dem Vorantritt bei einer Rettungsaktion beehrt zu werden, deren Vorkämpfer anscheinend kein Gefühl für das berechtigte Erlaunen der also Bevorzugten besäßen. Auch aus dieser Empfindung heraus müsse er den Vorschlag ablehnen. Er bedauere nur noch mehr, daß in diese Aktion zur Rettung des Systems der Name des Reichspräsidenten einbezogen wurde, für den die Kämpfer des Großen Krieges als den Generalfeldmarschall unserer Heere unveränderliche ehrerbietige Dankbarkeit empfanden.

Brüning wird antworten.

m. Berlin, 18. Jan. (Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung.) Die Veröffentlichung der Denkschrift Hitlers an den Reichskanzler Kreiser einigermassen verstimmt. Der Kanzler sieht sich durch die Schärfe des Tones, der von nationalsozialistischer Seite angeklagen wird, verärgert und fürchtet wohl auch, daß einige außenpolitische Forderungen den Franzosen Gelegenheit zu billigen Angriffen geben werden. Ebenfalls werden in der Reichskanzlei schon alle Vorbereitungen getroffen, um eine ausführliche Antwort gegen die Denkschrift Hitlers herauszubringen. Der Zeitpunkt ist allerdings noch unbestimmt, er wird vielleicht auch dadurch bedingt, in welcher Form und in welchem Tempo die ausländische Presse auf die außenpolitischen Gründe Hitlers reagiert.

Sages-Anzeiger.

(Näheres siehe im Inseratenteil.)

Dienstag, den 19. Januar.

- Landestheater: „Der Gatte“, 20-22.30 Uhr.
- Colosseum: „Die fünf Karnickel“, 20-22.30 Uhr.
- Badische Hofoper: „Konzerthaus: Im weißen Rössl: Ein Tag am Bodensee“, 20.30 Uhr.
- Kaufm. Verein: Vortrag von Dipl.-Kaufmann S. John „Die Idee der Schule von der Erziehung zum Kaufmann“ im Pandalstammersaal, 20.30 Uhr.
- Eintracht: Konzert des Ivan. Weigers und Komponisten Juan Manuel, 20 Uhr.
- Kaffee-Restaurant Roland: Tanz-See, 16 Uhr; abends Attraktionsprogramm mit Breitbart II.
- Kaffee Museum: „Gesellschafts-Tanz.“
- Kaffee Deon: „Das Varietè“ der Kapelle Pinkus-Banger.
- Neu. Opernhaus: „Koppenabend.“
- Neu. Opernhaus (Stern): „Großer Kappenabend.“
- Neu. Opernhaus: „Nord.“
- Neu. Opernhaus: „Die Mutter der Kompanie; Beiprogramm.“
- Schauburg: X 27; Beiprogramm.
- Union-Theater: „Amalial, der Föhn der Götter.“
- Palast-Theater: „Ein Auto und kein Geld.“
- Kammer-Theater: „Manuela; Die Pantoffel.“

sucht ein Restaurant auf und hier setzt sich das eifersüchtige Betragen des Mannes fort. Da macht die Frau den Vorschlag, das Stück zu Ende zu sehen, um überhaupt zu wissen, wie es aus geht. Denn wenn ihr Gatte glaubt, daß der Dichter das Schicksal ihres Gatten zeigt, so hatte man die Pflicht, das Stück auch zu Ende zu sehen. Man ist einverstanden und der dritte Akt ist das alles in Wohlgefallen auf. Auf dem Theater handelt es sich nicht um einen Ehebruch, wohl aber bei den drei Personen, denn am Schluß sagt die Frau: „Mein Mann glaubt an die Harmlosigkeit, aber man soll nie dem Theater und der Harmlosigkeit trauen.“

Das Stück hat einen geschickten Dialog und erhält seinen Wert eben durch die Art des Aufbaues. Für die Darsteller schafft es die interessante Möglichkeit der Doppelrolle. Das Neue Theater verhalf dem Verfasser durch eine gute abgerundete Aufführung zu einem recht achbaren Erfolg. Frau Busch und die Herren Günther und Cost a zeigten sich als gewandte Darsteller. Bruno Stümke.

Das Staatspreisausschreiben für Chorwerke.

Wie bereits berichtet, war die Teilnahme der Tonsetzer an dem Ausschreiben außerordentlich. Mehr als 1800 Kompositionen aller Gattungen, vom großen Oratorium bis zum kleinen volkstümlichen Stück haben dem Prüfungsausschuss vorgelegen. Der preussische Minister hat in diesen Tagen den Vorschlägen des Prüfungsausschusses zugestimmt und die Beiträge bekanntgegeben, die die einzelnen Kompositionen erhalten.

Zu den Ueberrassungen des Ergebnisses gehört die Tatsache, daß es sich durchweg um wenig bekannte Komponisten handelt, die noch nicht in die Musikwelt eingeführt sind. Es sind meist junge, aufstrebende Talente, die hier erstmalig der breiten Öffentlichkeit vorgestellt werden. Wenn es gelingen sollte, durch das Ausschreiben diese zweifellos starken Begabungen zu fördern und weiter zu bringen, so wäre damit ein wesentlicher Zweck des Unternehmens erfüllt. An erster Stelle ist der in Neheim (Ruhr) lebende Georg Kellius zu nennen, der für drei große Werke insgesamt 3700 RM. erhält. Seine groß angelegte Kantate „Aus deutscher Not“ für Männerchor, gemischten Chor und großes Orchester war bereits im Rahmen des 11. Deutschen Sängerbundesfestes zur Uraufführung, unabhängig vom Staatspreisausschreiben, vorgelesen. Von demselben Komponisten sind zwei weitere Werke für unbegleiteten Männerchor ausgezeichnet worden: „Deutsche Meise“ und „Ruhrplaus“, ebenfalls Kompositionen von größerer Ausdehnung.

Otto Johann, Augsburg, ist in der Männerchorbewegung in letzter Zeit bekannt geworden durch die Wahl eines Chores, „Das alte Lied“, für die Hauptaufführung des 11. Deutschen Sängerbundesfestes. Johanns Preis mit 3500 RM. fällt auf ein großes Werk für gemischten Chor und Orchester, „Der jüngste Tag“ (erschienen im Süddeutschen Musikverlag, G. H. Müller, Karlsruhe), sowie eine Reihe „Bekleidete und unbekleidete Männerchöre“, die zum Teil mit Soloinstrumenten geschrieben sind. Hubert Pfeiffer, Wuppertal, ist mit einer Motette für unbegleiteten gemischten Chor und einer Choralmotette für unbegleiteten Männerchor vertreten (750 RM.). Auch dieser Komponist hat erst in jüngster Zeit

von sich reden gemacht. Weiter wäre zu nennen Rudolf Dörs mit seinem „Schnitter Tod“ für gemischten Chor mit Orchester (1000 RM.), ein vielversprechender junger Komponist, der zur Zeit Kapellmeister in Brün in Böhmen ist. Schließlich der in Männerchorreisen wohl bekannte Julius Gatter, Wauen, mit „Zwei alte Tanzlieder“ für unbegleiteten gemischten Chor, Louis Ditz „Ein Musikantenmoll“ fröhlich sein“ und Franz Sychora mit „Zwei Königskinder“, beide für unbegleiteten Männerchor. Diese Tonsetzer erhielten je 350 RM.

Kleine Nachrichten aus Kunst und Wissenschaft.

— Kammerfängerin Mary Effelgroth wurde vom ersten Dirigenten der Großen Oper in Paris zu einem Konzert im Frühjahr verpflichtet.

Juan Manuel, der große spanische Meister, der heute in Karlsruhe gastiert, hatte schon frühzeitig künstlerische Erfolge aufzuweisen. Aus dem siebenjährigen Kinde, das in Valencia das Publikum bei seinem ersten Konzert durch sein Geigenstück hinreißt, das mit 13 Jahren seine ersten kompositorischen Arbeiten begann, wurde der größte spanische Geiger unserer Zeit und einer der bedeutendsten Komponisten seines Landes. Man ehrt ihn mit der größten Auszeichnung für Künstler, die seine Heimat verläßt: Er erhält vom Königshaus die Geige Sarajates, die dem jeweils größten zeitgenössischen Geiger zugeprochen wird. Man ernannte ihn zum Ehrenmitglied und zum Professor staatlicher Kunst- und Musikinstitute. Die internationale Musikwelt zollt ihm Beifall und Triumph. Er aber zieht durch die Welt mit seiner Violine und bleibt sich selbst treu.

Der Erfolg der Städtischen Schauspiele Baden-Baden. Das Gastspiel der Städtischen Schauspiele Baden-Baden hat in Basel eine freundliche Aufnahme gefunden. So heißt es u. a. in einer Besprechung der Basler Nationalzeitung: Die Aufführung ist eine Leistung von bemerkenswerter Geslossenheit, die dem für die Regie verantwortlichen Direktor Robert Klupp, Baden-Baden, Ehre macht. Die Leistung der Künstlerin Garischmilt sich mit Musik und Bühnenbild zu einem harmonischen Ganzen, soweit dies die Größe des Theaters zuläßt. Das Verdienst des Kapellmeisters Dr. Heinrich Ledinger ist, daß er aus Musik und Orchester herausholt, was herauszuholen ist. Und das Verdienst der Künstler ist, daß sie mit bewundernder Spielfreude auch dem leisesten Wink folgen. Es gab am Schluß starken Applaus und Blumen für die Hauptrollenträger.

Burles „Katte“ wurde in Koblenz mit großem Erfolg vor einem zahlreichen Publikum aufgeführt. Besonders gefielen Kögel und Busch, sowie die Bühnenbilder Otto Markers.

Mussolinis „Hundert Tage“, das in Paris mit Erfolg gespielt wurde, wird am 30. Januar am Deutschen Nationaltheater Weimar in der Uebersetzung von G. Hegez herausgebracht.

Minister als Dramatiker. Der neue spanische Premier, Minister Azana, hat sich ebenso wie Mussolini als Dramatiker betätigt. Sein Stück „La Corona“ errang bei der Aufführung großen Erfolg.

Aus der Landeshauptstadt.

Karlsruhe, den 19. Januar 1932.

Reichsgründungsfeier der Techn. Hochschule.

Die „Friedericiana“ hielt am Montag, um 11 Uhr vormittags, in der Aula im Beisein von Rektor, Senat, Lehrkörper, Korporationen u. m. ihre diesjährige Reichsgründungsfeier ab. Unter den zahlreich erschienenen Gästen bemerkte man u. a. Herrn Finanzminister Mattes, Oberregierungsrat A. J. von Kultusministerium, Landeskommissar Wolf, Landrat Dr. Bauer, Generalsstaatsanwalt Dr. Hafner, Kirchenpräsident D. W. R. H. Oberbürgermeister Dr. Finter u. a. m. Nach dem Einzug der Choren und einem Vortrag des akademischen Orchesters unter Leitung von akad. Musikdirektor Heinrich Cassimir ergriff Professor Dr. Heiligenthal das Wort zu seinem Vortrag über

„Staat und Siedelung.“

Der Vortragende ging davon aus, daß sich durch die ganze historische Entwicklung die Siedelung nach zwei Prinzipien vollzieht, dem Herrschaftsprinzip, das mehr in den romanischen Ländern anzutreffen ist und dem genossenschaftlichen Prinzip, für das in England die reinen Beispiele vorliegen. Der romanische Siedlungsstyp ist zentralistisch, er bedeutet eine Ausbreitung von oben nach unten. Genossenschaftliche Siedlung ist dezentralistisch, baut sich von unten nach oben auf. Der Referent wies nach, daß sich die Siedlungsart zur jeweiligen Struktur des Gemeinwesens des Staates weitgehend parallel verhält, daß also in einem Obrigkeitstaate die Siedlungspolitik weitgehend zentral erfolgt. In England hat sich das genossenschaftliche Siedlungsweisen bis in unsere Tage erhalten, weil es frei blieb von Einflüssen des Römischen Rechts und weil das öffentliche Recht keinen Zugriff auf den kleinen Grundbesitz unternahm. Es ist typisch, daß es in England schon im 19. Jahrhundert eine große Zahl von Bauerngenossenschaften gegeben hat. Heute ist gerade auch in Deutschland infolge der technischen Entwicklung die Tendenz zur Zentralisation viel stärker als früher. Der Redner gab der Meinung Ausdruck, daß die Absicherung des in der vierten Reichsordnung enthaltenen Abhörungsparagraphen über die Hauszinssteuer wegen der verderblichen Rückwirkung auf den Kapitalmarkt für notwendig. Der rechtliche Ausgleich zwischen dezentralistischem und zentralistischem Siedlungsstyp könne nur erfolgen, wenn auch innerhalb der Verwaltung die entsprechende Synthese gefunden sei und wenn eine sinnvolle Ueber-einstimmung zwischen geographischem Raum und politischem Gebiet bestehe.

Mit dem Abingen des Deutschlandliedes fand die festliche Veranstaltung ihren Abschluß. Anschließend veranstaltete die Studentenschaft im Ehrenhof, an dem Denkmäl der Gefallenen, eine

Rundgebung zur Abrüstungsfrage.

Rektor Prof. Dr. H. J. S. legte zunächst am Ehrenmal einen Kranz nieder, wobei er dem Wunsch Ausdruck gab, daß jener Geist nationaler Geschlossenheit und Entschlossenheit, den die Gefallenen bewiesen, uns wieder erwachen möge.

Nach einer darauffolgenden Ansprache des ersten Vorsitzenden der Karlsruher Studentenschaft, G. A. E. d. e. l. e., in welcher dieser besonders an die im Februar stattfindende Abrüstungskonferenz erinnerte, wurde folgende Entschließung verlesen:

„In erster Sorge um die Ehre und Zukunft ihres Volkes geben die deutschen Hochschulen der bestimmten Erwartung Ausdruck, daß auf der bevorstehenden allgemeinen Abrüstungskonferenz die Gleichberechtigung des deutschen Volkes in der Wehrfrage praktisch anerkannt wird und daß ihm durch die Beschlüsse der Konferenz gleiches Recht und gleiche Sicherheit verbürgt wird. Wir verlangen deshalb gleichberechtigte Eingliederung Deutschlands in das geplante allgemeine Abrüstungsabkommen. Wir lehnen den ungerechten und unehrlichen Konventionsementwurf der vorbereitenden Abrüstungskommission mit seinem deutsches Recht und deutsche Ehre verletzenden Artikel 53 einmütig ab. Die deutschen Hochschulen empfinden es als eine nationale Entwürdigung, daß der deutschen Jugend das verborgen ist, was bei anderen Völkern als höchste nationale Pflicht und Ehre gilt, nämlich die Vorbereitung auf den Schutz der Heimat für den Fall einer Bedrohung von außen. Die deutschen Hochschulen ruhen die Hochschulen des Erdkreises auf, sich, geleitet vom Geist wissenschaftlicher Einsicht und Gerechtigkeit und getragen von dem bitterlichen Sinn der studierenden Jugend, bei ihren Regierungen dafür einzusetzen, daß auf der Abrüstungskonferenz die Völker einander in voller Achtung und Gleichheit gegenüberstehen. Dadurch allein ist die Wiedervereinigung unseres Volkes zum Vertrauen und wirklicher Fortschritt auf dem Wege des Ruhms möglich.“

Die Reichsgründungsfeier

des Staatstechnikums.

Sehr eindrucksvoll gestaltete sich die Reichsgründungsfeier des badischen Staatstechnikums, verbunden mit dem Gedächtnis an die 100. Wiederkehr von Goethes Todestag.

Im Mittelpunkt der Feier, an der der gesamte Lehrkörper und die Studentenschaft teilnahmen, stand eine Ansprache des Direktors Professor Eisenlohr über „Goethes Stellung zum Deutschtum und seine Beziehungen zur Technik“.

Nach einem geschichtlichen Rückblick über Goethes Stellung zum Deutschtum wies er darauf hin, wie Goethe durch sein echt deutsches Fühlen, Denken und Dichten ein geistiges Band um die deutsche Stämme geschlungen habe, dessen Bedeutung als Grundbedingung für die völlige Einheit eines großen Volkes gar nicht hoch genug eingeschätzt werden könne. Besonders reizvoll sei es für die Teilnehmer die Stellung Goethes zur Technik zu untersuchen. Dabei zeigte es sich, daß Goethe auch in diesen Dingen eine zur Bewunderung nötige Klarheit seines universalen Geistes bewies. Als Minister war er bemüht, das stark darniederliegende Wirtschaftsleben seines damals sehr armen Landes zu heben. Mit Eifer nahm er sich des Bergbaues an, den er neu in Gang zu bringen suchte, ebenso strebte er nach ständiger Verbesserung der Straßen, des Wasserbaues und der Landeskultur. In weimarischen Landen sei keine Flußregulierung, kein Schulhaus, keine Kirche ausgeführt worden, ohne daß Goethe sich hätte davor die Pläne vorlegen lassen und, wo es ihm nötig schien, Verbesserungsvorschläge und Anregungen zu geben. Beim Wiederaufbau des durch Brand zerstörten Weimarer Schlosses habe er selbst an den Plänen tätig mitgearbeitet. Ueberhaupt habe Goethe sich bautechnischen Unternehmungen nicht nur in großen Zügen gewidmet, sondern sei in bautechnische Einzelheiten eingedrungen und habe sich getreut, gelegentlich als eine Art Bauaufseher anerkannt zu werden, wenn er auf Vorgesetzten umherging und sich um jede Einzelheit kümmerte.

Auch auf seinen ausgedehnten Reisen habe Goethe alles, was ihm begegnete, scharf kritisch und nachdenklich beobachtet, die Landschaft und geologische Beschaffenheit, die Architektur der Gebäude, den Zustand der Landwirtschaft, der Gewerbe und Industrie. Aber auch die Schulung des Handwerkers, besonders des Bauhandwerkers, habe er nachdrücklich angeregt und noch als 80jähriger ein Programm für die Einrichtung einer technischen Schule aufgestellt, die etwa unserer heutigen Gewerbeschule entspreche. Als besonders wichtig und bedeutsam erachtet Goethe der Wasserbau und die Landeskultur wegen des ungemessenen Ruhms für die allgemeine Wohlfahrt.

Zum Schluß richtete der Redner eine ernste Mahnung zur Einigkeit auf seine Zuhörer. Not und Bedrängnis durch den

Der Karlsruher Bürgerausschuß tagt.

Seit der wenig rühmlichen Karlsruher Kathauschlacht, durch die die Beratung des städtischen Voranschlags ein vorzeitiges Ende nahm, hatte man den Bürgerausschuß von den Verwaltungsgeschäften einfach ausgeschaltet. Das war um so verständlicher, als infolge der wirtschaftlichen Nöte die Stadtverwaltung keine Projekte in Angriff nehmen konnte, für die größere Mittel und damit die Zustimmung des Bürgerausschusses benötigt wurden.

Auf Montag hatte der Oberbürgermeister die Stadtverordneten wieder zusammengerufen zur Genehmigung einer großen Reihe von Vorlagen, die vom Stadtrat und vom Stadtverordnetenvorstand schon eingehend beraten worden waren. Dieser Sitzung wurde größtes Interesse entgegengebracht, so daß Saal und Galerien eine starke Besetzung aufwiesen.

Zunächst ist festzustellen, daß der Saal seit der demütigenden Kathauschlacht ein völlig neues Gesicht bekommen hat. Der Regierungssitz ist durch eine Rotunde des Stadtverordnetenvorstandes und die Tische des Stadtrates gegen „Ueberrfälle“ gesichert. Die Vertreter der städtischen Ämter haben ihre Plätze rechts und links der Regierungsbank, allerdings sitzen diese Beamten nicht in gleicher Höhe, wahrscheinlich um Verwechslungen mit den „höchsten Stellen“ zu vermeiden.

Vor dem Rondell des Stadtverordnetenvorstandes befindet sich an recht ungünstiger Stelle das Rednerpult. In der Platzordnung für die Bürgerausschlußmitglieder wurde keine Änderung getroffen.

Daß auch sonst Lehren aus der Kathauschlacht gezogen wurden, konnte man sehen an der vorstehenden Ausgabe von Eintrittskarten für Galeriesitze, aber auch aus dem Eingreifen des Vorsitzenden, der gleich zu Anfang der Sitzung selbst harmlose Zwischenrufe energig verbietet. Daß der Herr Oberbürgermeister aber auch für die Zukunft die Handhaben hat, um bedauerliche Ausschreitungen im Reime zu verhindern, hatte der Stadtrat einschneidende Veränderungen für die Geschäftsordnung des Bürgerausschusses vorge schlagen. Es darf als erfreulich bezeichnet werden, daß diese Vorschläge mit großer Mehrheit angenommen wurden, ein Zeichen dafür, daß die Karlsruher Stadtverordneten den Willen haben, in Ordnung und Ruhe die Arbeit des Stadtrates zu unterstützen.

Dieser Eindruck verklärte sich auch im weiteren Verlauf der Sitzung, denn alle Vorlagen wurden ohne erhebliche Debatten angenommen. Nur bei der Behandlung der Vorlage über Notstandsarbeiten verhielten sich die Kommunisten, ihre politischen Gegner durch Zwischenrufe aus dem Konzept zu bringen.

Längere Debatten entpannen sich über die Schaffung von Arbeit für die Erwerbslosen und über die Auflösung der Pferdehaltung beim städtischen Fuhrpark, die mit großer Mehrheit beschlossene wurde. Mit großer Mehrheit wurde der nationalsozialistische Antrag abgelehnt, nach dem in Zukunft Mitglieder der städtischen Kollegien aus städtischen Lieferungen ausgeschlossen wären. Mit Recht wurde von verschiedenen Seiten darauf hingewiesen, daß man durch die Annahme eines solchen Antrages Bürger zweiter Klasse schaffen würde.

Sitzungsbericht.

Oberbürgermeister Dr. Finter eröffnet kurz nach 4 Uhr die Sitzung.

Der Namensaufruf ergibt die Anwesenheit von 102 Mitgliedern. Der Oberbürgermeister gibt sodann eine Reihe von Anträgen bekannt. Der aus den Reihen der Kommunisten hörbare Ruf „Zur Geschäftsordnung“ bleibt unbeachtet. Der Antrag der Kommunisten, die Bürgerausschlußsitzungen als Volksversammlungen im großen Festsaal zu veranstalten, so daß jeder Bürger Gelegenheit hätte, dieser Versammlung anzuwohnen, wird mit Hohngelächter beantwortet, so daß der Oberbürgermeister um Ruhe bittet. Bei einer Wiederholung höflicher Zurufe bittet der Vorsitzende, alle Beifalls- und Mißbilligungsrundgebungen zu unterlassen, da dies immer zu Störungen der Verhandlungen führe.

Der Oberbürgermeister teilte mit, daß ein kommunistischer Antrag eingegangen sei, den letzten Punkt der Tagesordnung an erste Stelle zu setzen. Er lehne den Antrag ab. Als ein kommunistischer Vertreter den Antrag begründen wollte, wird ihm vom Vorsitzenden das Wort entzogen.

Weiter stellte der Oberbürgermeister fest, daß die Anträge der Kommunisten über die Neuregelung der Geschäftsordnung gegenstandslos seien, da die Anträge den gesetzlichen Vorschriften zuwiderlaufen.

Die Aenderung der Geschäftsordnung.

empfehlte der Oberbürgermeister nach den Vorschlägen des Stadtrates.

Stadtv. Obmann Kullmann teilt mit, daß der Stadtverordnetenvorstand Änderungsanträge abgelehnt habe und die Vorlage zur Annahme empfehle.

Stadtv. Dr. Knauf (Nat.-Soz.) stellt fest, daß seine Partei der Vorlage so lange nicht zustimmen könne, solange nicht die Änderungsanträge der Nationalsozialisten angenommen werden. Die „Kathauschlacht“ hätte auch auf Grund der früheren Bestimmungen verhindert werden können. Seine Partei befürworte die Vorformulierung, an denen sie schuldlos seien. (Festiger Widerspruch von der äußersten Linken.) Der Redner teilt die Änderungsanträge mit, die die Nationalsozialisten zur neuen Geschäftsordnung gestellt habe. Besonders scharf wendet er sich gegen die Ausgabe von Karten zu der jetzigen Sitzung, da die neue Geschäftsordnung ja noch nicht beschlossen sei.

Der Oberbürgermeister stellt fest, daß er zu der Maßnahme berechtigt gewesen sei, da er verpflichtet sei, für geordnete Zustände zu sorgen.

Stadtv. Heinemann (Komm.) ist der Meinung, daß die neue Geschäftsordnung lediglich dazu dienen soll, die Stimmen der wert-

äußeren Feind habe das deutsche Volk auf den Schlachtfeldern Frankreichs zusammengeschweißt. Aber die wirtschaftliche Not der Gegenwart drohe es zu zerpalten und dem Bürgerkrieg zuzutreiben. Es bedürfe ungeheurer Anstrengung, damit das Volk diesen Gefahren nicht erliege. Noch seien Kräfte der Selbsterhaltung vorhanden und in gewaltigem Maß in Erscheinung getreten. Vor allem bei unserer Jugend sehe man ein Streben nach Sauberkeit, von dem man hoffen dürfe, daß es die moralischen Kriegssorgen überwinde.

Mit einem begeistert aufgenommenen Hoch auf das deutsche Vaterland schloß Herr Direktor Eisenlohr seine interessanten Ausführungen.

Umrahmt war die Rede von der Ouvertüre zu „Camont“ und dem Adagio aus der 3. Symphonie von Beethoven, die von dem Orchester eindrucksvoll gespielt wurden.

Zur Ehrung der Gefallenen wurden von dem Direktor im Namen des Lehrkörpers und dem Vorsitzenden des Ausschusses der Studierenden Kränze an der Ehren tafel der Gefallenen niedergelegt.

— **Beisetzung von Ferdinand Haag.** Welcher Wertschätzung sich dieser Alt-Karlsruher Bürger erfreute, zeigte so recht die Beisetzung am Montag. Die Trauerfeier in der Friedhofkapelle wurde durch Orgelvortrag eingeleitet und durch Chöre der Gesangsvereine „Liedertanz“ und „Concordia“ umrahmt. Die Totenwache hielt die Karlsruher Schützengesellschaft. Am Grabe sprach Schützenmeister T. i. m. e. u. s. den Dank der Schützengesellschaft aus für alles, was der Verstorbene sowohl für die Gesellschaft als auch das gesamte deutsche Schützenamt getan und geopfert habe. Weitere Nachrufe widmeten Schützenmeister Kirchberger namens der Schützengesellschaft Raftart und Schützenmeister Herzog namens der Schützengesellschaft Heidelberg. Die Sänger gedachten ihres stets operbereiten Sangesbruders durch Nachrufe der Vertreter des „Liedertanzes“ und der „Concordia“. Außerdem widmete ein Vertreter des Bürgervereins der Südstadt dem Wittbürger Worte der Anerkennung und des Dankes.

tätigen Bevölkerung zu unterdrücken. Gegen diese „Dunkelkammerpolitik“ und „Maulkorbpolitik“ werde die kommunistische Partei mit allen Kräften kämpfen.

Stadtv. Eisele (Soz.): Die neue Geschäftsordnung sei nichts anderes als eine Sicherung für die Geschäfte der Stadtverordneten. Deshalb sei die sozialdemokratische Partei für die Vorlage. Wer so der Diktatur huldige wie die Nationalsozialisten und die Kommunisten, hätte keine Ursache, von Maulkorbpolitik zu reden.

Stadtv. Wild (Zentr.) kritisiert zunächst die Aufstellung des Rednerpultes. Wenn dieses aber an seinem derzeitigen Platze bleibe, dann verlange er (der Redner hat seinen Platz direkt vor dem Pult) einen Regenschirm. (Heiterkeit.) Zur neuen Geschäftsordnung selbst sei zu sagen, daß alle Parteien, die für Ordnung seien, dieser Geschäftsordnung zustimmen können, selbst wenn auch einige Härten darin seien.

Stadtrat Bauer (Komm.) tritt dafür ein, daß die städtischen Anzeigen auch in der Arbeiterzeitung veröffentlicht werden. Gegen die Ausgabe von Karten für die Sitzung erhebe er scharfsten Protest. Jeder Bürger müsse das Recht haben, zu kontrollieren, welche Stadtverordneten die Interessen der Steuerzahler richtig vertreten. Seine Partei lehne die neue Geschäftsordnung ab.

Die neue Geschäftsordnung wird sodann mit Mehrheit angenommen unter Ablehnung der kommunistischen Gegenanträge.

Oberbürgermeister Dr. Finter gibt die Gründe bekannt, warum vom Stadtrat die Vorlagen über die Erweiterung des Städtischen und die Neugestaltung des Wochenmarktes zurückgezogen worden seien. Die Finanzlage der Stadt habe sich so gestaltet, daß man zur Zeit die großen Summen, die die Projekte beanspruchten, nicht aufbringen könne. Wenn sich die Verhältnisse einigermaßen bessern, werde er die Vorlagen wieder einbringen, weil ihm selbst viel daran liege, daß der Städtischen erweitert werde und Arbeit geschaffen werde für die Erwerbslosen.

Die nächsten Vorlagen über Geländeerwerb und Geländeaufbau werden genehmigt, nachdem die Kommunisten die Erklärung abgegeben haben, daß sie gegen den Verkauf von städtischem Gelände seien.

Stadtv. Wild (Zentr.) begründete einen Antrag, daß Erweiterungen von Grundstücken, die später wieder verkauft werden sollen, nicht aus laufenden Mitteln, sondern aus Grundstockmitteln bezahlt werden.

Die Vorlage über Notstandsarbeiten

gibt mehreren Rednern Veranlassung, energig für Schaffung von Arbeitsgelegenheit einzutreten. Es waren dies die Stadtv. Fischer (Soz.), Kappler (Komm.), Stäbel (Nat.-Soz.), Schulenburg (Soz.), Fäßbender (Zentr.), Heinemann (Komm.).

Der Straßenbau auf dem alten Gottesauer Exerzierplatz

wurde ebenfalls genehmigt. Stadtv. Spachholz (Soz.) widmet bei Besprechung der Vorlage dem Mieter- und Bauverein für seine Tätigkeit auf dem Gebiete der Beschaffung von Wohnungen volle Anerkennung.

Auflösung der Pferdehaltung beim städtischen Fuhrpark.

Bürgermeister Schneider hebt hervor, daß die Stadtverwaltung selbst Interesse daran habe, die Fuhrhaltung möglichst schnell abzubauen; man solle ihr aber Zeit lassen für den Abbau, damit keine Verluste für die Stadt entstehen.

Nach kurzen Ausführungen des Stadtrates Niedner (Nat.-Soz.), Dr. Dierle (Wirtsch. K.), Hofmann (Komm.), Spachholz (Soz.), Koch (Soz.), Jäger (Nat.-Soz.), Bauer (Komm.) wurde der Antrag des Stadtrates angenommen.

Von Seiten der sozialdemokratischen und kommunistischen Redner wurde scharf Stellung genommen gegen die Auflösung des städtischen Fuhrparks. Als der Stadtv. Koch einen Zwischenruf der Nationalsozialisten als Frechheit bezeichnete, wird der Redner vom Vorsitzenden zur Ordnung gerufen.

Nach dem Ergebnis der Abstimmung wird also der städtische Fuhrpark abgebaut.

Die Erteilung städtischer Aufträge an Mitglieder der städtischen Kollegien.

Nach diesem von der nationalsozialistischen Partei eingebrachten Antrag sollten in Zukunft an Mitglieder städtischer Kollegien keine städtischen Aufträge mehr erteilt werden.

Stadtv. Wild (Zentr.) bat dringend, diesen Antrag abzulehnen, da durch eine Annahme eines solchen Antrages wertvolle Kräfte der Bürgererschaft von der Mitarbeit in der Stadtverwaltung ausgeschlossen würden.

Stadtv. Kehler (Dem.) ist ebenfalls der Meinung, daß man durch den Antrag allein dem Stadtrat wie den Bürgern ein Mißtrauensvotum ausgesprochen werde. Es müsse festgestellt werden, daß in der Stadtverwaltung bisher in Bezug auf Vergütung von Lieferungen und Arbeiten Sauberkeit geherrscht habe.

Stadtv. Erb (Soz.) tritt dem Antrag auch scharf entgegen. Man würde dadurch Mitglieder zweiter Klasse schaffen. Wenn in der Stadtverwaltung in Bezug auf Lieferungen etwas nicht in Ordnung wäre, könnte man auf andere Weise diese Mißstände beseitigen.

Stadtrat Bauer (Komm.) schließt sich den Ausführungen des Vorredners an.

Nach weiteren Ausführungen des Stadtv. Schindler (Nat.-Soz.) wird der Antrag mit großer Mehrheit abgelehnt.

Der letzten Vorlage über den Aufwand für außerordentliche Unternehmungen wird zugestimmt, nachdem Stadtv. Martin für die Erstellung einer Turnhalle im Stadtteil Badach eingetreten ist.

Der glänzende finanzielle Erfolg des Winterhilfe-Konzertes.

Auf Anregung der Badischen Presse fand am letzten Sonntag in der Karlsruher Festhalle ein großes Konzert, veranstaltet von der Karlsruher Sängervereinigung und dem Landestheaterorchester statt, das den Veranlassern, wie bereits in der Montagausgabe ausführlich berichtet wurde, einen vollen Erfolg brachte. 2500 Personen wohnten dem Winterhilfekonzert bei und Hunderte konnten keinen Einlaß mehr finden, da die Festhalle überfüllt war. Der finanzielle Erfolg der Veranstaltung ist bei den niedrigen Eintrittspreisen als ausgezeichnet anzusehen. Der Karlsruher Notgemeinshaft konnte nunmehr als finanzielles Ergebnis dieses Winterhilfekonzertes der Betrag von 1409 Mark übermittelt werden.

Voranzeigen der Veranstalter.

— **Wollen-Abend Jung Männen.** Ein musikalisches Ereignis steht unseren Musikfreunden in den kommenden Tagen bevor. Am 19. Januar, abends 8 Uhr im Extrastadion stattfindende Konzert des großen spanischen Geigers, Prof. Juan Manen, bevor. Der berühmte Künstler hat sich dazu entschlossen, sein Programm für Karlsruhe reicher auszugestalten, zumal ihm ein ganz vorzüglicher Partner am Flügel in dem jungen Franz Polig zur Seite steht. Er beginnt mit der Zeit Jahren hier nicht öffentlich gehaltenen Kreuzer-Sonate von Beethoven, dem herrlichen Werke der gesamten Violin-Literatur. Es folgt als zweite Hauptnummer das einzige Violin-Konzert von Mendelssohn, das so auch kürzlich Fritz Kreisler in Mannheim spielte. Den dritten Teil bilden vornehmlich französische Virtuositäten, darunter „Die Fiere“ von Schubert und „Le Prege“ von Paganini, sowie eine umfängliche Ballade des Roussard. — Karten sind nach an beiden Vorverkaufsstellen (Reuefeld und Bielefeld) und an der Abendkasse erhältlich. — **Kabarett Roland.** Heute, Dienstag, 4 Uhr, findet Nachmittags-Vorstellung bei kleinen Preisen statt.

GLORIA

Das ist ein Schlagerfilm, der die Lachmuskeln der Zuschauer nicht zur Ruhe kommen läßt

Ein echt bayerischer Militär-Tonfilm-Schwank:

Die Mutter der Kompagnie

Die losen Streiche eines ewig verliebten Feldwebels

10 Akte von Herbstmanövern, Einquartierung und falschem Alarm mit **Weiss Ferdl** vom „Münchener Platz“ | Grit Haid, Paul Heidemann, Betty Bird, Leo Peukert, Carl W. Meyer

Großes Beiprogramm **Eintrittspreise von 80 Pfg. an**

Anfangszeiten: 3.00 5.00 7.00 9.00 Uhr

KAMMER LICHTSPIELE

Ab heute bis Donnerstag nur 3 Tage das große Doppelprogramm:

Manuela

Eine Liebesgeschichte vom Rio Grande — ein Film durchpustet von jeder Leidenschaft — ein Film, der mitreißt durch die Wucht seiner Handlung — ein Film, der viel eigenartig schönes bietet an Gesängen und Musik. (17097)

2.

Die rassistige Künstlerin **Dolores del Rio** in **Die Pantherkatze**

Die Liebesgeschichte eines Indianermädchens, das um den weißen Freund kämpft.

Anfang 8 Uhr. Preise von 60 Pfennig an.

- Spinat 3 Pfund 25.7
 - Rosenkohl Pfund 15.7
 - Rot- u. Weißkraut Pfund 6.7
 - Gelbe Rüben Pfund 6.7
 - Winterkohl 2 Pfund 15.7
 - Kresse ¼ Pfund 12.7
 - Feldsalat geputzt Pfund 30.7
 - Blumenkohl weiße Köpfe · Stück von 20.7 an
 - Essäpfel 10 Pfund 78.7
 - Kochbirnen Pfund 10.7
- ## Hinterschinken 70.7
- gekocht, Software ½ Pfund nur

Seit der Premiere täglich ausverkauft!



MARLENE DIETRICH

als Spionin X27

Der spannendste aller Tonfilme!

SCHAUBURG

Marienstraße 16, Telefon 6284

Beginn 4 6.15 und 8.40 Uhr

Zum **Silberglöckle**

Steinstraße 9

Heute großer **Kappen-Abend**

WILLI BRAUN.

PA-LI

Der große Lacherfolg!

Dina Gealla Paul Kemp in dem Lustspiel **Ein Auto und kein Geld**

Stürmische Heiterkeit! Lachen am laufenden Band!

TIETZ

Himalatschal

Der Thron der Götter

Eine Tonfilm-Reportage von der International Himalaya-Expedition 1930 die unter Ltg. v. Dr. Prof. Dyhrenfurth stand.

UT Union-Theater

Nachmittags auf allen Plätzen Einheitspreis von 80 Pfg. / Erwerblose und Kleinkinder 50 Pfennig. Jugendliche von 40 Pfennig an.

Waldstr. 30 230 420 620 830

RESI Yorck

mit Werner Kraus Grete Mosheim usw.

2. Woche

Zu verkaufen

Herrenzimmer

aus Privatbesitz preiswert zu verkaufen. Zu erfragen unter 61878 an die Bad. Presse.

Schlaf- u. Speisezimmer

Möbel all. Art verk. billig

Bettstelle

mit Post. Matratze u. Bett zu verk. (17213) Ratzenstraße 219, 3. St.

Neuen Umzug wohl. Bett, Matratze, Kissen, 2 Stühle billig zu verkaufen. Tullastraße 38, 1. Stock.

Reformtische, Tisch, Stühle, Speisezimmer, dunkel eichen, zu verkaufen. Schürmann, Marktstraße 43, pt.

Zu verkaufen

Erstklassiges **Herrenzimmer**

aus Privatbesitz preiswert zu verkaufen. Zu erfragen unter 61878 an die Bad. Presse.

Schlaf- u. Speisezimmer

Möbel all. Art verk. billig

Bettstelle

mit Post. Matratze u. Bett zu verk. (17213) Ratzenstraße 219, 3. St.

Neuen Umzug wohl. Bett, Matratze, Kissen, 2 Stühle billig zu verkaufen. Tullastraße 38, 1. Stock.

Reformtische, Tisch, Stühle, Speisezimmer, dunkel eichen, zu verkaufen. Schürmann, Marktstraße 43, pt.

Badisches Landes-Theater

Dienstag, 19. Januar. *G 15. 20. 25. 30. 35. 40.

Der Graue

Schauspiel von Horster Regie: Baumdach. Mitwirkende: Gehardt, Gumbert, Seifried, Tadel, Ernst, Gemmeke, Geyer, Röhre, Zuber, Wehner, B. Müller, v. d. Trenk, Grimm, Kuder, Seibert, S. Müller.

Anfang 8 Uhr. Ende nach 12.30 Uhr. Preis B (0.70-4.20.4)

Mi. 20. Januar. Die Prinzessin auf dem Hügel. Do. 21. Jan. Der Teufelsbraten. Fr. 22. Jan. Karpfen. Sa. 23. Jan. Neu einstudiert: Die Heirat wider Willen. Hierauf: Neu einstudiert: Der Mann von Strawinskij. So. 24. Jan. nachmittags: Im weißen Rössl. Abends: Tosca. Im Konzertsaal. Der Betler aus Tinsdale.

Café Odeon

Heute abend **Das Varieté**

Die neue Bühnenschau des Orchesters **Otto Pinkus - Langer**

Mitwirkend: **Betty Wink** vom Wintergarten, Berlin (Frau Pinkus-Langer).

Nachmittags: **Berliner Pfannkuchengedeck.**

Morgen, Mittwoch **Erster Kappen-Abend**

Café Museum

Heute Dienstag abd. im unteren Café **Gesellschafts-Tanz**

Kapelle **Dolezel** Freier Eintritt

Bad. Lichtspiele

Heute **Im weißen Rössl**

8.30 Uhr

Dazu: Ein Tag am Bodensee an Bord der „Allgäu“

Konzerthaus

Inventur-AUSVERKAUF

Heute Schlußtag!

Restbestände

jeder Art und für jeden Zweck zu **Spottpreisen!**

HERMANN

KARLSRUHE

Karlsruher Hausfrauenbund

Mittwoch, den 20. Januar, nachm. ¼ 4 Uhr, in der Glasgalerie des Stadgartens (17090)

Lina-Sommer-Nachmittag

Resitationen: Else Bettler, Gesang: Mielitz Falkmann. Am Klavier: Gretel Wieber. Gäste willkommen! (17090)

Löwenrachen

Heute **Kappenabend**

2 Kapellen. Aufmarsch in beiden Kapellen punkt 9 Uhr durch sämtliche Räume. Leitung: Kapellmeister **Walter Kessler.**

Kauflösung

Gut erh. Kinder-Zig. Wägelchen zu ff. gef. Ang. unter 661395 an d. Badische Presse, pt. Hauptpost.

Colosseum

Heute 8 Uhr **Meth's Oberbayer. Bauerntheater**

Der größte Erfolg der Saison **Die fünf Karnickl**

Eine lustige Dorbbeggebenheit in 3 Akten von Jul. Pohl. Lachen ohne Ende! Eintrittspreise von 50.7 bis Mk. 2.50

Küchenbüfett

Zimmerbüfett, Hochschrank, u. Herdberst zu kaufen gef. Angebote unter 11890 an die Bad. Presse.

ROLAND

Heute 4 Uhr **Tanz-Tee**

Abends **Breitbart II.** und das **Attraktions-Programm**

Keller- und Speicherkrum

sowie Flaschen zu kaufen gef. Angebote unter 11890 an die Bad. Presse.

Zu verkaufen

Erstklassiges **Herrenzimmer**

aus Privatbesitz preiswert zu verkaufen. Zu erfragen unter 61878 an die Bad. Presse.

Schlaf- u. Speisezimmer

Möbel all. Art verk. billig

Bettstelle

mit Post. Matratze u. Bett zu verk. (17213) Ratzenstraße 219, 3. St.

Neuen Umzug wohl. Bett, Matratze, Kissen, 2 Stühle billig zu verkaufen. Tullastraße 38, 1. Stock.

Reformtische, Tisch, Stühle, Speisezimmer, dunkel eichen, zu verkaufen. Schürmann, Marktstraße 43, pt.

Zu verkaufen

Erstklassiges **Herrenzimmer**

aus Privatbesitz preiswert zu verkaufen. Zu erfragen unter 61878 an die Bad. Presse.

Schlaf- u. Speisezimmer

Möbel all. Art verk. billig

Bettstelle

mit Post. Matratze u. Bett zu verk. (17213) Ratzenstraße 219, 3. St.

Neuen Umzug wohl. Bett, Matratze, Kissen, 2 Stühle billig zu verkaufen. Tullastraße 38, 1. Stock.

Reformtische, Tisch, Stühle, Speisezimmer, dunkel eichen, zu verkaufen. Schürmann, Marktstraße 43, pt.

Zu verkaufen

Erstklassiges **Herrenzimmer**

aus Privatbesitz preiswert zu verkaufen. Zu erfragen unter 61878 an die Bad. Presse.

Schlaf- u. Speisezimmer

Möbel all. Art verk. billig

Bettstelle

mit Post. Matratze u. Bett zu verk. (17213) Ratzenstraße 219, 3. St.

Neuen Umzug wohl. Bett, Matratze, Kissen, 2 Stühle billig zu verkaufen. Tullastraße 38, 1. Stock.

Reformtische, Tisch, Stühle, Speisezimmer, dunkel eichen, zu verkaufen. Schürmann, Marktstraße 43, pt.